

# SP-Spaltkeil AHV-Revision

Die Abstimmung über die 10. AHV-Revision bringt die Sozialdemokraten in ein schweres Dilemma

## «Eine masslos schlimme Situation»

Alt Bundesrichterin Margrith Bigler-Eggenberger



Die ungemütliche Lage, in der sich die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) in Sachen AHV-Revision befindet, sei der bürgerlichen Parlamentsmehrheit anzulasten. Diese Meinung vertritt Margrith Bigler-Eggenberger, die kürzlich pensionierte erste Bundesrichterin.

Interview: Rosalie Roggen

**CASH:** Frau Dr. Bigler, Sie haben 1979 das Standardwerk «Soziale Sicherung der Frau» herausgegeben und sich als Juristin immer für die Rechte der Frauen gewehrt. Wie empfinden Sie das Hin und Her um die 10. AHV-Revision?

**Margrith Bigler-Eggenberger:** Ich finde es sehr schade, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, wie die SPS in diese Situation hineinmanövriert worden ist. Es ist nicht ihre Schuld, dass die Ernungenschaften der 10. AHV-Revision ausgespielt werden gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters.

**CASH:** Sehen Sie die Schuld bei den Bürgerlichen im Parlament?

**Bigler:** Bei der 10. AHV-Revision war die Frage des Frauenrentenalters bewusst ausgeklammert worden, weil alle sich einig waren, dass die Gleichstellung der Frauen heute noch nicht soweit fortgeschritten ist, dass sich die Erhöhung aufdränge. Und dann kommt die bürgerliche Mehrheit im letzten Moment und erhöht noch rasch das Alter auf 64. Für mich war das so zu verstehen: Ihr bösen Frauen, bezahlt jetzt für eure Gleichstellung

**CASH:** Um weiteren Forderungen vorzubeugen?

**Bigler:** Jedenfalls hat das damals noch rein männliche Parlament, als es seinerzeit die Zusatzrenten einführte für Ehepaare, bei denen der Mann im AHV-Alter, die Frau aber wesentlich jünger ist, nicht verlangt, dass die profitierenden Ehemänner dies selber berappen. Keiner stand auf und sagte: Wenn ihr mehr wollt, dann bezahlt bitte dafür.

**CASH:** Die Erhöhung des Rentenalters trifft alle Schichten. Warum wird die Revision offenbar nur für die SP zur Zerreissprobe?

**Bigler:** Es geht nicht um Zerrissenheit oder Spaltung, es ist ein Ringen um die bestmögliche Lösung in einer unsäglichen Situation,

die von aussen geschaffen worden ist. Davon sind die bürgerlichen Frauen genauso betroffen wie die linken. Auch sie sehen, wie problematisch es ist, mit dieser Erhöhung auf 64 Jahre jene Anliegen zu gefährden, hinter die sie sich seinerzeit gestellt haben. Hätte das Parlament die Vorlage geteilt, wäre die Situation jetzt nicht so verkachelt.

**CASH:** Wie stimmen Sie selbst, ja oder nein?

**Bigler:** Ich habe lange geschwankt und mich gefragt, was ich tun soll. Ich weiss einerseits, wie schlimm die Situation jener Frauen ist, die keine Arbeit haben und bei der andauernd hohen Arbeitslosigkeit kaum eine neue finden. Dazu kommt, dass die Chancen für Frauen über fünfzig in der heutigen Wirtschaftswelt sowieso verschwindend klein sind. Auf der andern Seite stehen so wichtige Anliegen wie das Splitting und die Betreuungsgutschriften, für die wir jahrelang gekämpft haben. Um das Erreichte zu retten, tendiere ich zum Ja.

**CASH:** Akzeptieren Sie das Rentenalter 64?

**Bigler:** Die Verbesserungen, die so mühsam erkämpft worden sind, will ich nicht gefährden. Ein Lichtblick ist für mich die Initiative von SP und Gewerkschaften zur Einführung einer Ruhestandsregelung, über die ebenfalls am 25. Juni abgestimmt wird. Dort liegt das Korrektiv zur Erhöhung drin, und das haben die Bürgerlichen begriffen. Deshalb bekämpfen sie dieses Volksbegehren auch so vehement. Würde es angenommen, wäre das Postulat flexibler Altersgrenzen für beide Geschlechter erfüllt, ein Postulat, das linken und bürgerlichen Frauen gerade auch wegen der Gleichberechtigung wichtig ist.

**CASH:** Sie sind jetzt 62. Hätten Sie gerne länger gearbeitet?

**Bigler:** Als Bundesrichterin hätte ich ja bis 70 weitermachen können. Ich hätte das auch gerne getan, wenn ich einen unbezahlten Erho-

lungsururlaub hätte nehmen können. Aber so etwas ist beim Bundesgericht nicht vorgesehen. Allerdings bin ich mir bewusst, dass ich einen privilegierten Beruf habe und die Wahl, aufzuhören oder weiterzumachen. Für viele ist ein höheres Rentenalter ein grosses Problem. An diese müssen wir denken, wenn wir über die Zumutbarkeit der Erhöhung diskutieren.

**Die Abstimmung über die 10. AHV-Revision vom 25. Juni 1995 droht die grossen Parteien zu spalten, allen voran die Sozialdemokraten. Parteifrauen und -männer werben sowohl für Ja als auch für Nein. Mit ihrer Auffanginitiative unterstreicht die Partei, dass sie eigentlich Jein meint.**

Rosalie Roggen

Kurz vor dem Urnengang wurden die Abstimmungsbüros überschwemmt mit Anfragen besorgter Bürgerinnen und Bürger, die ihr brieflich bekundetes Nein gerne durch ein Ja ersetzt hätten. Was im Spätherbst 1992 vor der EWR-Abstimmung geschah, könnte sich bei der SP-Basis wiederholen: Dass sie sich nämlich, hat sie sich mit allen Argumenten für und gegen die 10. AHV-Revision befasst, an der Urne anders entscheidet als bei der Urabstimmung von Anfang April. Mit einer Zweidrittelmehrheit votierten die Befragten für ein Ja, verpflichteten die Partei dazu, sich in diesem Sinne für die Vorlage einzusetzen. Die Stimmbeteiligung von weniger als einem Drittel aller Mitglieder hat aber gezeigt, in welchem Dilemma sich viele Stimmberechtigte befinden, wohl nicht nur jene mit SP-Parteibüchlein.

Dennoch: Dass sie in Sachen AHV-Revision in die Zwickmühle

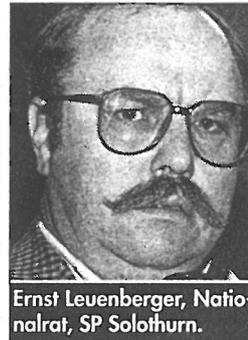
geraten ist, hat die Partei sich letztlich auch selber zuzuschreiben, hat sie doch schon seit längerem mit ihrem Zickzackkurs klare Vorgaben vermissen lassen. Dass die SPS den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB), beim Referendum gegen das Gesetz, welches ein um zwei Jahre höheres Frauenrentenalter postuliert, hängenlässt, kostet sie Vertrauen.

**Das gleiche Ziel, aber ein unterschiedlicher Weg**

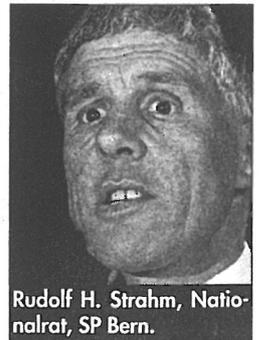
Der Riss in der Partei geht quer durch alle Generationen und ist nicht geschlechtsspezifisch: Hüben wie drüben geben Frauen und Männer vor, die besseren Argumente zu haben. Allerdings hat der Vorstand der innerparteilich autonom handelnden Frauenkommission sich längst hinter das Referendum gestellt, und die Frauen sind entschlossen, daran festzuhalten. «Für mich steht das Nein für eine kämpferische, soziale Kraft, die entschieden ist, sich zu wehren und sich nicht erpressen zu lassen», erläutert die Präsidentin, die Basler Nationalrätin Margrith von Felten. Wichtig sei den Parteifrauen die enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschafterinnen, weil durch die Erhöhung des Rentenalters vor allem die Frauen in schlechten sozialen Verhältnissen «ganz massiv unter die Räder» gerieten.



Ursula Mauch, Nationalrätin, SP Aargau.



Ernst Leuenberger, Nationalrat, SP Solothurn.



Rudolf H. Strahm, Nationalrat, SP Bern.

Das Ziel sei das gleiche, nur der Weg anders, argumentieren jene SP-Exponentinnen und -Exponenten, die ein Ja propagieren. Sie verweisen wie der Solothurner Nationalrat Ernst Leuenberger, im Hauptberuf Gewerkschaftsfunktionär, auf die sogenannte Auffanginitiative, die je nach Entscheidung vom 25. Juni die guten Teile der Revision retten oder das Rentenalter wieder senken helfen soll. Bisher wurden nach SGB-Angaben gut 75'000 Unterschriften gesammelt; das Volksbegehren soll noch vor dem Abstimmungstag eingereicht werden. Leuten wie Leuenberger oder dem Berner Nationalrat Rudolf H. Strahm sind das Splitting und die Betreuungsgutschriften einen Umweg wert. Auch SPS-Präsident Peter Bodenmann sieht den Zwang zum ungeliebten Ja nicht so dramatisch, habe sich doch das Schweizervolk in Umfragen mehrheitlich gegen die Erhöhung des Rentenalters ausgesprochen; ein entsprechender Entscheid an der Urne sei später praktisch sicher, auch wenn die Revision im ersten Schritt angenommen würde. Einen empfindlichen Punkt trifft Leuenberger, der darauf drängt, die Altersfrage müsse so oder so neu geregelt werden: «Wir müssen weg von den starren Altersgrenzen, und zwar für beide Geschlechter. Ausserdem können unterschiedliche Rentenalter auf die Länge nicht im

Sinne der Frauen sein, die für Gleichberechtigung eintreten.»

**Soll die Parteibasis über taktische Fragen befinden?**

Solche Diskussionen wurden auch während der parlamentarischen Beratungen geführt. Wie bürgerliche Kommissionsmitglieder sich zu erinnern meinen, hat sich seinerzeit die mehrheitlich weibliche SP-Vertretung in der nationalrätlichen Kommission weit mehr für den Systemwechsel – Splitting und Betreuungsgutschriften – echauffiert als für die Beibehaltung des Rentenalters 62. Dass es da einen Deal gegeben habe, bestreitet die Genfer Nationalrätin Christiane Brunner, als SGB-Kopräsidentin zur Verteidigung der Nein-Parole verdammt, vehement.

Nun ist mit der Urabstimmung das Kind endgültig in den Bach gefallen. Entsprechend gespalten die Äusserungen dazu. Sieht Alt-Bundesrichterin Margrith Bigler-Eggenberger darin einen Beweis «für die demokratische Kultur in unserer Partei», findet es Margrith von Felten «unmöglich, mit einer taktischen Frage an die Basis zu gelangen». Der Ort für taktische Überlegungen sei das Parlament. Entspannt beurteilt der Solothurner Leuenberger die Lage: «Wenn in der Partei etwas heftig diskutiert wird, ruft man halt gern den lieben Gott oder das Volk an.»

